

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
10/2014 (II) und 11/2014*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

Heute melde ich mich bei Euch mit einer Doppelausgabe meines Infoletters. Ihr findet folgend sowohl alle wichtigen Informationen zur gestrigen Sondersitzung als auch zu den regulären Sitzungen des Parlaments vom 22. und 23. Oktober. Die habe ich Euch dieses Mal nicht, wie gewohnt spätestens am Folgetag schicken können, weil ich am 24. Oktober zu einer von mir geleiteten 9-tägigen Delegationsreise in die VR China aufgebrochen bin. Ein Hauptanliegen dieser Reise war es, die während der FPÖ-Regierungszeit eingeschlafenen Beziehungen Kärntens zu seiner chinesischen Schwesterprovinz Guangxi wiederzubeleben. Nähere Informationen hierzu werde ich Euch in einem gesonderten Infoletter zusenden.

In der Sondersitzung ging es erneut um die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Themen der Sitzungen vom 22. und 23. Oktober waren u.a. die Reform der Untersuchungsausschüsse und ein gemeinsamer Entschließungsantrag aller Parlamentsparteien gegen die Nutzung der Atomenergie.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

FPÖ Asyl-Sondersitzung – Hintergrund Facts

FPÖ unterstellt jedem Ausländer, Extremist zu sein - und hat selbst keinerlei Berührungspunkte mit Radikalen

- › **Strache trifft sich in Wien geheim mit russischen Nationalisten der eurasischen Bewegung.** Gastgeber der Veranstaltung: Der russische Oligarch Konstantin Malofeew und seine Stiftung Sankt Basilius der Große. **Malofejew gilt russischen Medien zufolge als einer der Finanziere der prorussischen Separatisten in der Ostukraine.**¹

Weiterer Gast: **Wolen Siderow, Gründer der rechtsextremen bulgarischen Partei Ataka, ein strammer Antisemit, der "eine Clique von radikalen Juden, die von anderen Juden-Kapitalisten aus den USA finanziert werden", für die politischen Angriffe auf Russland verantwortlich macht.**²

Alexander **Dugin, Chefideologe der "Eurasischen Bewegung"**, ebenfalls Teilnehmer des Treffens, tritt für ein europäisch-asiatisches Bündnis unter Führung Russlands ein. Zuletzt rief **Dugin wiederholt öffentlich zu einem Angriffskrieg gegen die Ukraine auf. Dugin war in den 90-er Jahren in der radikal antisemitischen und neofaschistischen Pamjat Bewegung aktiv, kämpft gegen Liberale und Homosexuelle und erfindet die Bezeichnung „Neurussland“ für die Ostukraine.**

Aus Frankreich nahm laut "Tages-Anzeiger" die Abgeordnete des Front National, Marion Marechal-Le Pen, Enkelin des Parteigründers und Nichte von Marine Le Pen, teil.³

Für die Strache-FPÖ ist jeder Asylwerber, der vor Terror und Verfolgung flieht, einer zu viel

- › **FP-NÖ LT-Klubobmann Gottfried Waldhäusl stellt diese menschenverachtende Einstellung der FPÖ eindrucksvoll unter Beweis:** Er wettet in einer Landtagssitzung gegen Asylwerber: **"100 neue Asylwerber**

¹ vgl. Wiener Zeitung, 4.6.2014

² vgl. ORF-ZiB 2, 3.6.2014, Profil, 6.6.2014

³ vgl. Wirtschaftsblatt, 4.6.2014

pro Tag sind 100 zu viel. „Das Problem lässt sich nur lösen, indem man weiteren Zustrom verhindert. **Asylwerber müssen an den EU-Außengrenzen in Lagerstätten untergebracht werden.**“⁴

Strache kritisiert die Regierung für Einwanderungspolitik, Schwarz-Blau hatte einen Höchststand

- › **Beispiel Einbürgerungen:** Im Jahr 2003 – bekanntlich unter **Schwarz-Blau** erreichte die **Zahl der Einbürgerungen einen Höchststand:** Mit 45.112 Personen oder **6 Prozent** erhielten so viele Personen die österreichische Staatsangehörigkeit **wie kein Jahr davor und kein Jahr danach.**⁵
- › **Beispiel Zuwanderung unter Schwarz-Blau:** Just unter Schwarz-Blau verzeichnete Österreich einen neuen **Zuwanderungsrekord. In den Jahren 2002 und 2003 kamen mehr als doppelt so viele Zuwanderer nach Österreich wie in den Jahren davor.** Die meisten davon außerhalb der Zuwandererquote.

Für 2002 wies Österreichs Zuwandererbilanz ein Netto-Plus von knapp 54.000 Menschen fremder Staatsangehörigkeit auf (rund 93.000 zogen zu, 39.000 verließen das Land). Auch für 2003 blieb der Trend mit 51.000 konstant (97.000 Zuzüge, 46.000 Abwanderungen). Damit verzeichnete Österreich eine jährliche Nettozuwanderung von mehr als 50.000 Ausländern.⁶

Islam-Schule in Wien: Die FPÖ betreibt Panikmache – Sie wird in dieser Form nie bewilligt werden

Die **FPÖ mobilisiert** gegen eine geplante **sog. „Imam Hatip“-Schule**, eines Berufsfachgymnasiums des **türkischen Staates, zur Ausbildung von islamischen Imamen** und Predigern. „Der Grundgedanke ist, dass wir Imame auch in Österreich ausbilden und dadurch bessere Imame bekommen“, sagt Yakup Gecgel, Sprecher der Islamischen Föderation. Sie versammelt die Vereine der türkisch-nationalistischen Milli-Görüs-Bewegung Österreichs unter einem Dach. Ein Bildungszentrum in Wien Simmering wird bereits gebaut, 80 Schüler sollen dort unterrichtet werden.⁷

Österreich lehnt die Ausbildung islamischer Geistlicher an Privatschulen, wie sie die „Imam Hatip“-Schule werden soll, ab und will stattdessen eine universitäre Ausbildung in Wien und auf Deutsch.⁸

- › **Der Wiener Stadtschulrat „würde nie zustimmen“:** Beim Wiener Stadtschulrat ist die geplante private türkischsprachige Imam-Schule in Wien-Simmering noch

⁴ Kurier, 24.10.2014

⁵ Statistik Austria Einbürgerungsstatistik Stand 19.2.2014

⁶ vgl. Profil, 8.11.2004

⁷ vgl. SN, 18.6.2014

⁸ vgl. SN, 18.6.2014

kein Thema. Weder gebe es bisher eine **Errichtungsanzeige**, noch seien Anfragen oder Anträge dazu bekannt. Unter den bisher bekannten Bedingungen würde der Stadtschulrat einer solchen Schule aber ohnehin "niemals zustimmen".⁹

- › **Auch keine Zustimmung der SPÖ:** Eine Schule in der derzeit geplanten Form, also ohne Öffentlichkeitsrecht und in türkischer Sprache, würde keine Zustimmung der SPÖ bekommen, versichert SPÖ-Wien-Bildungssprecher **Vettermann**. Eine deutschsprachige Imam-Ausbildung im Rahmen eines Universitätsstudiums sei der "einzig gangbare Weg".¹⁰



Plenum, 22. -23.10.2014

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am 22. und 23. Oktober trat der Nationalrat zusammen. Mit einem gemeinsamen Entschließungsantrag aller Parlamentsparteien setzten die Abgeordneten ein starkes politisches Signal gegen Atomkraft: Gefordert wird die sofortige Abschaltung gefährlicher Atomkraftwerke (AKW) und eine Klage beim EuGH gegen EU-Subventionen für Atomkraft. Ein historisches Ergebnis für den Parlamentarismus markiert die Einbringung der Anträge zur großen Reform der Untersuchungsausschüsse durch alle Parlamentsparteien. Eine substantielle Verbesserung für PatientInnen und das medizinische Personal bedeuten die Beschlüsse zur Senkung der Ärzte-Arbeitszeit und zur Modernisierung der Ärzte-Ausbildung.

Der **Mittwoch** startete mit einer **Aktuellen Stunde der FPÖ** zum Thema **Asyl und „Islamisierung“**. Die SPÖ-Abgeordneten kritisierten in der Debatte die Polemik der FPÖ und forderten **„Prävention und Lösungen statt Hetze“**. SPÖ-**Sicherheitssprecher Otto Pendl** erinnerte daran, dass es mit der FPÖ in der Regierung den größten „Aderlass“ bei der Exekutive gegeben habe. In Sachen Asyl verwies er darauf, dass es **vor zehn Jahren noch doppelt so viele Asylanträge** geben hat. Angesichts von 2.000 Flüchtlingen, die u.a. vor dem mörderischen IS-Terror fliehen, ist es „unsere Pflicht, **solidarisch und menschlich zu agieren** und Unterbringungen zu finden“. Der anschließend debattierte **Sicherheitsbericht 2013** zeigte dann deutlich auf, dass Österreich sicherer wurde. Pendl: **„Die Verbrechen gehen zurück, während die Aufklärungsrate steigt.“**

⁹ vgl. APA 402, 3.11.2014

¹⁰ ebd.

Am Nachmittag ging es in einer **Dringlichen Anfrage** der NEOS um **Gesundheitspolitik**. „Die Gesundheitsreform befindet sich auf einem guten Weg“, betonte **Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser** in ihrer Antwort. **SPÖ-Gesundheitssprecher Erwin Spindelberger** sprach sich für Effizienzsteigerungen aus, aber dagegen, unser bewährtes Gesundheitssystem in Frage zu stellen. „Die NEOS **propagieren massive Leistungseinschränkungen** und dass es künftig seitens der Krankenversicherung nur mehr eine Grundversorgung geben soll. **Das wird die SPÖ zu verhindern wissen**“, so Spindelberger in Richtung NEOS.

Die Sitzung am **Donnerstag** begann mit einer **Fragestunde an Unterrichts- und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek**. Unter anderem verwies die Ministerin auf die **neue Schuleingangsphase**, die das Ziel hat, den Übergang vom Kindergarten in die Volksschule zu erleichtern. "Wir wollen Kinder zwischen dem 5. und 7. Lebensjahr als Einheit betrachten und sanft von einer in die nächste Bildungseinrichtung begleiten." Einen Schwerpunkt legte die Bundesministerin auch auf die **Sprachförderung** für Kinder und SchülerInnen. Die Mittel dafür belaufen sich für Kindergärten auf 20 Millionen Euro pro Jahr, im Schulbereich auf 25 Millionen.

In der anschließenden Debatte zur **Ersten Lesung** zum Gesetzespaket zur **U-Ausschuss-Reform** sprach **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** von einer „Bereicherung und **wichtigen Weiterentwicklung des Parlamentarismus**“. Er hofft, dass es gelingt, die neuen Regeln so zu leben, dass „**Aufklärung statt Show**“ gelingt. Ziel ist es, die politische Verantwortung zu klären, „damit in Zukunft aus den Fehlern der Vergangenheit bessere Gesetze werden“. Das soll „hart in der Sache, aber fair im Umgang“ geschehen.

Wesentliche Verbesserungen für das heimische Gesundheitssystem bringen die Novellen zur **Verkürzung der Ärztarbeitszeit** und zur **Ärzteausbildung**. **SPÖ-Gesundheitssprecher Erwin Spindelberger**: "Damit passen wir die Ausbildung den heutigen Bedürfnissen an“, die Ausbildung wird praxisnäher.

In einer Kurzdebatte zu einer Anfrage an den Finanzminister zur **Hypo-Causa** forderte **SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer** die **FPÖ** einmal mehr auf, sich für das **Hypo-Desaster zu entschuldigen**. Unverständlich ist für Krainer auch, dass sich Abgeordnete der Opposition angesichts der Verfassungsbeschwerde Bayerns gegen Österreich wegen des Hypo-Sondergesetzes auf die Seite der Bayern und der Gläubiger stellen. „Das bedeutet, **gegen die Interessen der Republik und der Steuerzahler** zu handeln!“, kritisierte er.

Den Abschluss der Plenumssitzung am Donnerstag bildeten Erste Lesungen von Gesetzesentwürfen, u.a. zum **Rederecht**, das **EU-Abgeordnete** künftig im österreichischen Parlament haben sollen.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Mittwoch, 22. 10. 2014

Sicherheitsbericht 2013: Österreich weiterhin eines der sichersten Länder der Welt (III-100/276 d.B.)

Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt. Auch 2013 ist die Gesamtkriminalität im Vergleich zum Jahr davor zurückgegangen (- 0,3 Prozent). Im Jahr 2013 gab es 546.396 Anzeigen – 2004 waren es noch 643.648. Gestiegen ist die Aufklärungsquote, und zwar um 0,5 Prozent. Zurückgegangen sind laut Bericht die Gewaltdelikte bei konstant hohen Aufklärungsquoten. Einen Anstieg gab es 2013 bei Wohnungseinbrüchen und KFZ-Diebstählen, wobei es hier in den letzten Jahren einen Tiefstand gab.

Sicherheit beim Personenstandsregister (274 d.B)

Das Zentrale Personenstandsregister (ZPR), das mit November 2014 in Betrieb geht, führt die Daten von über 1.500 Behörden zusammen, soll die Datenverwaltung wesentlich vereinfachen und bringt auch Verbesserungen für die BürgerInnen. So kann dann etwa unabhängig vom Wohnort ein Staatsbürgerschaftsnachweis beantragt werden. Da die technische Umstellung sehr komplex ist, können Ausfälle in der Anfangsphase nicht ausgeschlossen werden. Der Nationalrat sorgt für diese allfälligen Probleme gesetzlich so vor, dass der Innenministerin die Möglichkeit gegeben wird, per Verordnung die vorübergehende Führung von Personenstandsbüchern erwirken zu können.

Auch „Sternenkinder“ künftig im Personenstandsregister (275 d.B.)

Einen wichtigen Entschließungsantrag, der auf eine Petition des SPÖ-Abgeordneten Hermann Lipitsch zurückgeht, haben alle Parlamentsparteien unterstützt: Auf Wunsch der Eltern sollen diese ihre fehlgeborenen Kinder auch bei einem Geburtsgewicht unter 500 Gramm ins Personenstandsregister eintragen lassen können. Derzeit gilt eine Grenze von 500 Gramm Geburtsgewicht. Nicht nur rechtlich und familienpolitisch eine wichtige Reform, sondern auch ein Beitrag, damit für die Eltern die Trauerarbeit über den schmerzhaften Verlust ihrer „Sternenkinder“ erleichtert wird.

Gesellschaft bürgerlichen Rechts wird modernisiert (297 d.B.)

Die „Gesellschaft bürgerlichen Rechts“ (GesbR) ist juristisch die einfachste Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens und –arbeitens. Sie findet bei Lebensgemeinschaften ebenso Anwendung wie bei gemeinsamen Projekten etwa im Baubereich. Allerdings ist das Konstrukt 200 Jahre alt und wurde in der letzten Zeit zunehmend unattraktiver. Mit der Reform wird das Rechtsinstitut modernisiert und soll so wieder attraktiver werden. Gleichzeitig sollen ihre Vorteile – Flexibilität, Anwendbarkeit auf jeden erlaubten Zweck – erhalten bleiben.

Neue Jurisdiktionsnorm für Wertgrenzen (298 d.B.)

Das Stabilitätsgesetzes 2012 sah vor, dass die Wertgrenzen, die festlegen, für welche Zivilprozesse Bezirks- oder Landesgerichte zuständig sind, in drei Schritten angehoben werden. Ziel war, dass durch die Geldentwertung nicht schleichend Verfahren zu den Landesgerichten verlagert werden. Nach der ersten Anhebung zeigt sich nun, dass es nicht notwendig ist, die Wertgrenzen weiter zu erhöhen, weil sonst wie-

derum die Bezirksgerichte übermäßig belastet würden. Die Gesetzesvorlage sieht nun vor, auf die weitere Wertgrenzenanhebung zu verzichten; auch über 2015 hinaus gilt nun die Grenze von 15.000 Euro.

Fracking – Regierung soll Schiefergas-Fracking-Verbot prüfen (277 d.B.)

In einem gemeinsamen SP/VP-Antrag wird die Regierung aufgefordert, ein Schiefergas-Fracking-Verbot zu prüfen. Konkret soll geprüft werden, ob gesetzliche Änderungen notwendig sind, um das österreichische Trinkwasser vor den negativen Auswirkungen eines „Hochvolumen-Hydrofracking“ bei der Schiefergasgewinnung mit umweltgefährlichen Chemikalien zu schützen. Ein temporäres Verbot der kommerziellen Nutzung der Schiefergas-Fördertechnologie in Österreich wird dabei als gangbarer Weg angesehen.

Entschließung „Zukunft ohne Atomkraft“ (278 d.B. + 279 d.B.)

In einem Entschließungsantrag aller Parlamentsfraktionen wird die Regierung aufgefordert, den österreichischen Anti-AKW-Konsens in der EU mit Nachdruck zu vertreten. Konkret fordert der Antrag:

- Die sofortige Abschaltung aller Reaktoren unter Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Rechtsmittel, die aufgrund ihres Alters, ihrer Bauart, ihrer Lage oder ihres Zustandes als besonders gefährlich im Sinne eines von ihnen ausgehenden Risikos für Bevölkerung und Umwelt eingestuft wurden;
- Auf europäischer Ebene nichts unversucht zu lassen, um den Vorstoß einiger europäischer Staaten, EU-Subventionen für den Ausbau der Kernenergie zu ermöglichen, zu verhindern.

Zustimmung gibt es außerdem für einen Antrag der Grünen, der die Regierung auffordert, beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eine Klage einzubringen gegen die Subventionen für das britische AKW Hinkley Point.

Bürokratie-Abbau jetzt! (282 d.B.)

Dieser Entschließungsantrag von SPÖ und ÖVP beinhaltet Maßnahmen – im wesentlichen Verwaltungsvereinfachungen für Unternehmen und BürgerInnen – die im Regierungsabkommen inhaltlich vereinbart wurden. Es geht dabei u.a. um den Abbau bürokratischer Barrieren, die bundesweite Umsetzung der Transparenzdatenbank oder die gemeinsame Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben durch Sozialversicherung und Finanz.

Weitere Berichte und Beschlüsse

Wirtschaftsabkommen der EU mit den CARIFORUM-Staaten und der Elfenbeinküste (283 d.B. + 284 d.B.)

Einstimmig beschlossen wurden zwei Wirtschaftspartnerschaftsabkommen: Ein Abkommen der EU mit den Karibikstaaten, das Verschlechterungen im Zugang zum europäischen Markt vermeiden soll. Es bedarf der Genehmigung durch alle Mit-

gliedsstaaten und wird keine finanziellen Auswirkungen für Österreich haben. Zu den CARIFORM-Staaten zählen: Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, St. Christoph und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und Grenadinen, Suriname, Trinidad und Tobago. Das zweite Abkommen zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und Cote d'Ivoire auf der anderen Seite passierte ebenfalls einstimmig das Plenum.

RH-Bericht zu Verkehrsverbänden (281/III-93 d.B.)

Dieser Rechnungshof-Sammelbericht befasst sich v.a. mit den Verkehrsverbänden in Salzburg und Kärnten. Gefordert wird vom RH besseres Monitoring und effizientere Steuerung des Mitteleinsatzes.

RH-Bericht Bundestheater-Holding (306/III-91 d.B.)

Bemängelt wurde vom Rechnungshof, dass die Bundestheater-Holding ihre strategische Führungsrolle nicht wahrnahm und die Kontrolle der Gesellschaften mangelhaft war. In Zukunft sollen alle Positionen in den Bundestheatern und Bundesmuseen ausgeschrieben werden; außerdem wurden bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um die Krise zu bewältigen. Die hohen Barauszahlungen (vor allem beim Burgtheater) wurden abgestellt.

RH-Bericht zu ausgegliederten Einheiten und Beteiligungen (307/III-55 d.B.)

Diese Querschnittsprüfung des Rechnungshofes befasst sich mit ausgegliederten Einheiten und Beteiligungen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene. Im Fokus standen das ehemalige BMUKK (Naturhistorisches Museum, Österreichische Nationalbibliothek und Österreichisches Filminstitut), die Länder Salzburg und das Burgenland sowie das Beteiligungsmanagement der Städte Rankweil und Kufstein. Für den Bundesbereich gilt, dass die vom RH empfohlenen Musterverträge für alle in der Verantwortung des Ressorts stehenden Häuser und Einrichtungen bereits umgesetzt sind.

RH-Bericht zu Parteiakademien (308/III-55d.B.)

Die Parteiakademien gehören zu den best- und meistgeprüften Institutionen in Österreich. Neben einem jährlichen Bericht durch einen Wirtschaftsprüfer kontrolliert der RH alle fünf Jahre regelmäßig diese Einrichtungen. Gravierende Probleme und Kritik gab es bei zwei Einrichtungen: FPÖ-Bildungsinstitut und BZÖ-Zukunftsakademie. Der von der FPÖ im Rahmen des EU-Wahlkampfes publizierte Strache-Comic („Der blaue Planet“) kostete 280.000 Euro und wurde von der freiheitlichen Parteiakademie bezahlt, was nicht dem gesetzlichen Bildungsauftrag entsprach. Ein gutes Zeugnis wurde dem Renner-Institut ausgestellt.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Donnerstag, 23.10. 2014

Ärzte-Ausbildung wird modernisiert (300 d.B.)

Die Ausbildung der Ärztinnen und Ärzte wird entsprechend dem heutigen Stand der Wissenschaft modernisiert. Unter anderem wird es die Verpflichtung zu einer neunmonatigen Basisausbildung nach dem Medizinstudium geben. Für angehende Allgemeinmediziner gibt es dann 27 Monate Spitalspraxis und mindestens sechs Monate Lehrpraxis in einer Ordination, und auch bei der Facharztausbildung gibt es Neuerungen. Die Ausbildung teilt sich in Sonderfach-Grundausbildung und Schwerpunktausbildung.

Kürzere Ärzte-Arbeitszeiten zum Wohle der PatientInnen (285 d.B.)

Die Verkürzung der Arbeitszeit der ÄrztInnen soll zur Qualitätsverbesserung beitragen und den Arztberuf attraktiver machen.

Die Arbeitszeit wird schrittweise verkürzt:

- Durchgehende Dienste: Ab 2018 sind 29 Stunden, ab 2021 25 Stunden (statt 32 bzw. 49 Stunden) zulässig.
- Durchschnittliche Wochenarbeitszeit: Statt 60 Stunden sind ab 2018 55 Stunden und ab 2021 48 Stunden zulässig. Schon ab 2015 sind mehr als 48 Stunden nur erlaubt, wenn der Betroffene schriftlich zustimmt.

Entschließungsantrag zur Bundestheater-Holding (314 d.B.)

Der Entschließungsantrag ist Teil des Aufarbeitungsprozesses rund um die Diskussion zu Bundestheater-Holding und Burgtheater und regt u.a. an, bei der anstehenden Organisationsanalyse sämtliche Empfehlungen des Rechnungshofes zu berücksichtigen.

Filmkultur wird gefördert (315 d.B.)

Nach der gesetzlichen Absicherung des Film-/Fernseh-Abkommens mit einer Dotierung von 8 Mio. € im Juni 2014 soll nun diese weitere Gesetzes-Novelle die Förderung des österreichischen Filmes erleichtern. Umgesetzt wird damit eine EU-Verordnung, die es erlaubt, für Filme mit kulturellem Anspruch bestimmte Beihilfen zu vergeben, ohne dass die EU-Kommission das vorher genehmigen muss. Daher dürfen Filmprojekte mit bis zu 50 Prozent gefördert werden, kleine und kommerziell schwierige Filme mit bis zu 80 Prozent der Produktionskosten. In Ausnahmefällen bei Filmprojekten von besonderem kulturellem Interesse, ist sogar eine staatliche Förderung von mehr als 80 Prozent der Kosten möglich.

Buchpreisbindung auch für E-Books für Vielfalt am Buchmarkt (316 d.B.)

Mit diesem Gesetz wird die Buchpreisbindung auf E-Books und den Onlinehandel ausgeweitet. Ziel ist, eine lebendige Buch- und Verlagsszene zu erhalten und Existenzsicherung für AutorInnen. Diese Regelung wird ein breites Spektrum an Verlagsunternehmen fördern und damit wird die Abhängigkeit der Autoren vermindert. Letztlich soll dies zu einer höheren Anzahl von Neuerscheinungen an deutschsprachigen Büchern führen. Gleichzeitig werden durch die Buchpreisbindung die Interes-

sen der Konsumentinnen und Konsumenten an einem fairen, transparenten Preis berücksichtigt.

ESM: Mitwirkungsrechte des Parlaments – FTS (Finanztransaktionssteuer) vorantreiben (264 d.B.)

Der Finanzminister wird ermächtigt, einer Änderung des ESM-Vertrages im Bereich der Finanzinstrumente zuzustimmen. Der ESM-Gouverneursrat kann Finanzhilfe in Form einer direkten Rekapitalisierung von systemrelevanten Instituten gewähren, diese Hilfe ist aber an Auflagen gebunden. In einem Entschließungsantrag wird der Finanzminister ersucht, jede zur Beschlussfassung stehende Vereinbarung dem Nationalrat vorab auf dieselbe Weise vorzulegen wie eine Finanzhilfvereinbarung. Die Mitwirkungsrechte des Nationalrats bleiben somit gewahrt.

In einem zweiten Entschließungsantrag fordert der Nationalrat die Regierung auf dafür zu sorgen, dass EU-Länder, die ESM-Finanzhilfe bekommen, auch an der FTS teilnehmen und somit auch der Finanzsektor des Landes seinen Beitrag leistet.

Weitere Berichte und Beschlüsse

Bericht des Kulturausschusses (III-87/313 d.B.)

Der Kulturbericht 2013 gibt Auskunft über sämtliche Kulturaktivitäten und -institutionen im Bereich für Kunst und Kultur, Verfassung und öffentlicher Dienst. Die Gesamtausgaben für diesen Bereich betragen 2013 343,9 Mio. Euro. Der Kulturbericht ist erstmals auch als Online-Version barrierefrei gestaltet und enthält eine Gender-Statistik. Sehr detailliert beschäftigt sich der vorliegende Bericht mit der Situation der Bundestheater und der Bundesmuseen, geht auf die Fördersituation im Denkmalschutz ein und zeigt die Bemühungen im Rahmen der öffentlichen Büchereien auf. Ebenso werden internationale Projekte, an denen Österreich beteiligt ist, dargestellt.

Flexible Gerichts- und Verwaltungsorganisation (72 d.B.)

Eine Verfassungsbestimmung aus 1920 besagt, dass sich die Grenzen der politischen Bezirke und der Gerichtsbezirke nicht schneiden dürfen. Das verhindert aber eine flexible Organisation von Verwaltung und Gerichtsbarkeit, weshalb diese Bestimmung aufgehoben wurde.

Doppelbesteuerungsabkommen mit Montenegro (311 d.B.)

Verabschiedet wurde ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Montenegro, das die Einkommens- und Vermögensbesteuerung zwischen den beiden Staaten regelt.

Abkommen Österreich-USA zu FACTA (262 d.B.)

Mit FACTA (Foreign Account Tax Compliance Act) wollen die amerikanischen Behörden die Einhaltung der steuerlichen Verpflichtungen von US-Amerikanern im Aus-

land sicherstellen. In der Grundkonzeption verpflichten die USA ausländische Finanzinstitute (Banken und Versicherungen), die amerikanische Steuerbehörde (IRS) über in den USA steuerpflichtige Personen zu informieren. Der mit Österreich geschlossene Vertrag sieht vor, dass die heimischen Finanzinstitute die US-Bundessteuerbehörde (IRS) über Konten ihrer US-Kunden informieren müssen. Dazu müssen sie die Zustimmung der Kunden einholen. Werden die Daten von dem Finanzinstitut nicht übermittelt, gilt es als nicht teilnehmend und es wird eine 30prozentige Abzugsteuer im Zahlungsverkehr mit den USA fällig.

Verwertung von Bundesimmobilien (312 d.B.)

Der Nationalrat ermächtigt mit diesem Gesetz den Finanzminister, nicht mehr benötigte Grundstücke und Gebäude zu verkaufen, u.a. die Hiller-Kaserne in Linz, die Starhemberg-Kaserne in Wien. Betroffen ist auch die Übertragung von Liegenschaften in Salzburg entlang der A1 bei Walserberg.

Reden

Rede vom 23.10. zum Kulturbericht

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister! Vielen Dank für Ihre Ausführungen, auch für Ihre gute Entscheidung bei der Besetzung zum Wohle des Burgtheaters. Ich glaube, das war uns allen ein sehr großes Anliegen.

Ich möchte auf weitere wichtige Punkte des Kulturberichts eingehen, nämlich auf die internationalen und die EU-Kulturangelegenheiten. Die Mobilität von KünstlerInnen und der Austausch über Grenzen hinweg, das Erkennen und das Arbeiten an Unterschiedlichkeiten ist eines der zentralen Themen in der Unterstützung von Kulturschaffenden. Es heißt ja immer, an den Grenzen lernen wir und dort kann auch Neues entstehen. Dabei geht es nicht um die ökonomische Eroberung eines neuen fremden Marktes, sondern um das Schaffen und das Aufspüren von Biotopen, wenn Sie so wollen, die ein freies Denken, ein Ausprobieren, ein Arbeiten und damit eine Weiterentwicklung ermöglichen.

Oft erweisen sich dann Erfolge im Ausland durchaus als Chance, um in Österreich mehr Popularität zu gewinnen. Zu den zahlreichen unterschiedlichen Unterstützungsmöglichkeiten gehören Projekte wie das EU-Programm „Creative Europe 2014-2020“, aber auch die Artist-in-Residence-Programme. Sie fördern die internationale Vernetzung und den Diskurs auf ganz besondere Art und Weise.

Die Ergebnisse dieser Residencies sind dann sichtbar in Ausstellungen, in Lesungen, in Veranstaltungen. Dort kann die Bevölkerung sie kennenlernen. KünstlerInnen setzen aber auch wichtige Zeichen in Fragen der sozialen Integration und der Gleichberechtigung, der Gleichbehandlung sowie auch der Konfliktvermeidung. Frie-

denstiftende und friedenserhaltende Beiträge zu Frieden und Versöhnung sind oft im Zentrum ihrer Projekte. Ein gutes Beispiel aus dem Kulturbericht ist zum Beispiel das ***El Sistema European Development Programme*** nach dem Beispiel von Venezuela oder auch das Projekt „Mehrwert Europa – Mehrwert Frieden“.

Das alles sind wichtige Projekte aus dem Kulturbericht, die letztendlich die Entwicklung der Gesellschaft unterstützen. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Pressemeldungen und Veranstaltungen

Kulturbericht - Muttonen: Förderung von grenzüberschreitender Kulturarbeit wichtig (23.10.2014)

Europafrühstück mit Hannes Swoboda



Die neue EU-Kommission, die notwendige Reform der EU-Dienstleistungsrichtlinie, TTIP sowie die Krisen in der Ukraine und Syrien: bei meinem Europafrühstück im SPÖ-Klub standen am Donnerstag viele wichtige europäische Themen auf der Tagesordnung. Mit dem ehemaligen Vorsitzenden der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament Hannes Swoboda hatten wir einen hochkarätigen Referenten, der uns einen guten Einblick in die einzelnen Themen geben konnte.

Hannes Swoboda teilte die Einschätzung, dass die neue EU-Kommission eine ganze Reihe gut qualifizierter und selbstbewusster Politiker aufweise. Allerdings gäbe es auch eine Reihe kritischer Benennungen. Etwa die des ehemaligen ungarischen Justizministers Tibor Navracsics, der unter Viktor Orbán die umstrittenen Gesellschafts- und Mediengesetze Ungarns mit auf den Weg gebracht hat. Für die Sozialdemokratie besonders bedeutend sei die Rolle des niederländischen Sozialdemokraten Timmermanns als Vize-Präsident der Kommission. Hauptaufgabe der Kommission müsse die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein. Sinnvolle Investitionen müssten darum ermöglicht und dürften nicht der Sparpolitik geopfert werden.

Der FSG Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft Bau-Holz Josef Muchitsch sprach die Probleme mit der aktuellen Dienstleistungsrichtlinie an, die einen ungleichen Wettbewerb zwischen österreichischen und aus dem EU-Ausland entsandten Arbeitnehmern ermöglicht. Auch Hannes Swoboda sprach sich für eine Reform der Richtlinie aus. Er hoffe, dass es Österreich mit Frankreich und Italien gelingen wer-

de, ausreichend Druck auf Deutschland und die Entsendeländer aufbauen zu können, damit die Mängel ausgebessert werden.

Mit Blick auf die wachsende Zahl von Kriegsflüchtlingen und Asylsuchenden sprach sich Swoboda für eine gemeinsame europäische Lösung aus. Das könne kein Land mehr zufriedenstellend selber lösen. Swoboda schlug zudem vor Antragsteller, denen man kein Asyl geben könne, zumindest auszubilden bevor man sie zurücksende. Damit gebe man diesen Menschen in ihren Heimatländern eine bessere Chance sich und ihre Familien durchzubringen.

TTIP stand der ehemalige EU-Abgeordnete abwartend gegenüber. Die Verhandlungen hätten von vornherein transparenter gestaltet werden müssen. Schiedsgerichte sah auch er zwischen den rechtsstaatlich verfassten USA und EU als nicht notwendig an. Wichtig sei ein selbstbewusstes Auftreten der EU, die nicht nur deklarieren solle, was sie nicht wolle, sondern auch deutlich sagen müsse, was sie von den Amerikanern einfordern möchte. TTIP sei weniger wichtig, um Handelsschranken abzubauen, der große Nutzen von TTIP könne vielmehr darin bestehen, gemeinsam mit den Amerikanern hohe Standards in der Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzpolitik festzulegen, an die sich dann auch die anderen Wirtschaftsregionen halten müssten.

In der Ukraine-Krise unterstützt Hannes Swoboda die Politik der österreichischen Regierung. Eine Neutralität der Ukraine nach österreichischem Vorbild sei der richtige Ansatz.

Parlamentsumbau

Am Mittwoch, dem 22.10.2014, präsentierten die Generalplaner Jabornegg & Pálffy_AXIS ihr Konzept für eine nachhaltige Sanierung des Parlamentsgebäudes. Sie standen den Abgeordneten für Fragen zur Verfügung und erläuterten ihre Ideen für den dringend nötigen Umbau. Bilder der Veranstaltung könnt Ihr [hier](#) einsehen.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L